Nummer 157 — Halle, Donnerstag, den 8. Juli 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postanstalten ohne Bestellgeld 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Postzustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Raisig-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark für Anzeigen, die den gleichen Raum in der „Allgemeinen Zeitung" einnehmen, ermäßigen sich um Prozente. Verlag: Saale-Zeitung, Halle a. d. S., Domplatz 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7011. Postscheckkonto: „Saale-Zeitung Halle (Saale)". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Claußen, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 67013. Hauptschriftleiter u. Geschäftsführer: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Die Reichsregierung hat am 5. d. M. beschlossen, den Reichskanzler a. D. Dr. Luther zum Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahn zu ernennen.

*

Die Londoner „Morningpost" bringt die anderweitig noch nicht bestätigte Meldung aus Kabul, daß die afghanistanische Regierung die Begnadigung des deutschen Forschers Dr. Stratil-Sauers ablehne. Dagegen sei angeordnet worden, daß die Todesstrafe selbst nicht vollstreckt wird.

*

In den letzten Tagen ist zahlreichen Verbänden und Korporationen auf ihre Eingaben an das preußische Staatsministerium die Entscheidung des Innenministeriums zugegangen, daß für ein Verbot des Sowjetfilms Panzerkreuzer Potemkin für Preußen keine Veranlassung vorliege.

*

Der Weimarer Stadtrat nahm nach einer Blättermeldung eine Entschließung an, den Stadtdirektor zu beauftragen, die Thüringische Regierung zu ersuchen, den Nationalsozialisten in Zukunft die Abhaltung von Parteitagen in Weimar zu verbieten, da durch solche Tagungen und ihre Auswirkungen das Ansehen Weimars geschädigt würde.

*

Auf der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Saarbrücken erklärte der Vorsitzende Husemann (Bochum), die Entwicklung des Verbandes sei nicht zufriedenstellend, die Mitgliederzahl sei zurückgegangen.

*

Die Vertreter der Reichsbahn haben die Ueberprüfung der Gütertarife beendet. Auch eine grundsätzliche Ueberprüfung der Güterklassen ist eingetreten. Eine endgültige Entscheidung soll erst nach Hinzuziehung [illegible] Vertretern der Wirtschaftskreise insbesondere des Ausschusses der Verkehrsinteressenten bei der ständigen Tarifkommission.

*

Der französische Ministerrat hat beschlossen, die für nächsten Sonntag geplante Protestkundgebung der Kriegsteilnehmer gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens aus außenpolitischen Gründen zu verbieten.

*

Wie der Pariser „Matin" meldet, haben sich auch die gutachtlich vom Kabinett befragten französischen Kommandanten am Rhein gegen einen Abbau der Besatzungstruppen am Rhein ausgesprochen. — Kein Wunder: die Posten sind in Gefahr; es tut ja auch so gut als „Sieger" im Feindesland zu stehen.

*

Nach der Londoner „Financial Times" hat der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook bekanntgegeben, daß in dieser Woche weitere 100 000 Pfd. Sterling zur Unterstützung der britischen Bergleute aus Rußland erwartet würden.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Die Arbeiterpartei hat im Unterhause den Antrag eingebracht nach Veröffentlichung der Geheimakten des Staatssekretariats des Auswärtigen aus den Jahren 1910 bis Ausbruch des Weltkrieges.

*

Der „Corriere della Sera" meldet: Die Sommerübungen der italienischen Flotte finden im westlichen Mittelmeer, zwischen Tanger und Algier, statt. Zwei Drittel der italienischen Flotte nehmen daran teil.

*

Die Differenzen Italiens mit Frankreich über den englisch-italienischen Abessinienvertrag sind laut offizieller Erklärung des Pariser Auswärtigen Amts beigelegt.

*

Die spanische Regierung veröffentlicht einen Erlaß, durch den die Urheber der revolutionären Bewegung, unabhängig von der besonderen gerichtlichen Bestrafung, hohe Geldstrafen auferlegt werden.

Die spanische Aufruhrbewegung gegen den Diktator Primo de Rivera scheint doch ernsterer Natur und noch nicht überwunden zu sein. Die Generale Sagasta, Serano, Bergara und Canovas sind verhaftet worden. Die Stadt Santander, der Hauptsitz der revolutionären Bewegung und der Führer, ist von Regierungstruppen besetzt worden.

*

Die Behörden Holländisch-Indiens entdeckten einen großangelegten Aufstandsversuch der Eingeborenen der Insel Sumatra. Die Ausführung des Aufstandes konnte noch rechtzeitig verhindert werden. Die Behörden verschärfen, völlig Herr der Lage zu sein.

Pilsudskis wahres Gesicht.

Polens Eroberungsgelüste. — Und unsere Regierung?

Als Pilsudski seinen Staatsstreich machte, war eitel Jubel bei unserer Linken. Denn Pilsudski war ja Sozialist. Das Erwachen kam schnell: bei den polnischen Sozialisten. Denn Pilsudski fühlt sich in erster Linie als Militär und außerdem steht er im Dienste der heutigen reaktionären Regierung Englands. Wenn letzteres nicht wäre, würde man sagen: er ist ein Faschist, ein kleiner (allerdings nur winzig kleiner) Mussolini. So aber, in Händen Englands, ist er nur ein faschistischer Homunkulus in der englischen Retorte.

Aber eine Spur von Faschismus ist in ihm. Deshalb kann man sich nicht wundern, daß jetzt die „Polska Zbrojna", das Blatt der militärischen Organisation Pilsudskis, die langjährigen Eroberungspläne der polnischen Nationalisten offen ausspricht und folgendermaßen schreibt:

Der Versailler Vertrag hat Polen unrecht getan. Er hat uns nicht das Polen von vor 1772 gegeben, er hat uns nicht gegeben Danzig, Ermland, Masuren, Königsberg, Stettin, Oppeln und Breslau. Die Ansprüche auf diese Städte und Länder, die uns mit Gewalt genommen worden sind, werden wir niemals aufgeben. Da wir offene Grenzen haben, müssen wir eine mächtige Armee haben, die uns nach vier Fronten zu verteidigen vermag. Jeder Pole muß Soldat sein, jede Polin muß der Nationalgarde in Reserve angehören. Ein von Kopf bis zu Fuß bewaffnetes Polen wird allen Feinden entgegentreten können; jedes polnische Haus muß eine Festung sein.

Was sagt unsere Regierung zu diesen „Auswirkungen von Locarno"? Denn in Locarno ist doch bekanntlich ein Grenzgarantievertrag auch mit und von Polen geschlossen. Und was sagen dazu unsere Abrüstungsillusionisten? „Königsberg, Danzig, Stettin (!), Oppeln und Breslau": das sind wirklich Pläne, die des „Locarnogeistes" (der anderen Vertragspartner) würdig sind. Aber das wird unsere Abrüstungsfanatiker von links nicht hindern, weiter auf Abrüstung Deutschlands zu drängen (und der Kontrollkommission der Entente weiter jede Patronenhülse und jedes verrostete Maschinengewehrschloß anzuzeigen, damit sie nur ja nicht Deutschland für abgerüstet erklärt und endlich abrüstet).

Uebrigens paßt zu dem Artikel des Pilsudskiorgans die konsequente Fortsetzung der Enteignung deutscher Güter in Polen. So wird jetzt aus Berlin gemeldet:

Laut „Polski Monitor" (polnisches Regierungsamtsblatt) hat die polnische Regierung weitere Beschlagnahme acht deutsche Güter zum Verkauf gestellt.

Auch innerhalb der deutschen Reichsgrenzen sind die Polen nicht müßig, wie folgende Meldung aus Bochum zeigt: „Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet rührten sich die Nationalpolen wieder, die sich seit langem jeder öffentlichen Kundgebung enthalten haben. Am Sonnabend wurde auf dem Schützenhof in Bochum der Verbandstag der polnischen Gesangvereine abgehalten, an dem sich vierzig polnische Gesangvereine beteiligten. Der Tagung wohnten auch der polnische Generalkonsul und der polnische Konsul aus Essen, polnische Reichstagsabgeordnete und Abgeordnete aus Posen bei."

Wir fragen nochmals: Was sagt unsere Regierung zu diesen „Rückwirkungen von Locarno"? Und wir fügen hinzu: Und was tut sie? Es ist ja ganz schön, uns immer zu rühmen, wie erfolgreich unsere Außenpolitik sei, nur wäre es an der Zeit, uns endlich auch einmal zu zeigen, wiese, und uns statt Worte Taten sehen zu lassen.

Polnische Hetzereien wegen der Saisonarbeiter.

Keine Ausweisung.

Die polnische Presse bringt seit einger Zeit alarmierende Meldungen über eine bevorstehende Ausweisung polnischer Saisonarbeiter aus Deutschland. Dazu wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß bereits seit Jahren zwischen der Reichsregierung und den polnischen Behörden eingehende Verhandlungen geführt werden, bei denen die Reichsregierung mit Rücksicht auf die Lage des deutschen Arbeitsmarktes immer den Standpunkt vertreten hat, daß die polnischen Saisonarbeiter soweit irgend möglich in Polen Unterkunft finden müßten.

Bei diesen Verhandlungen haben sich gewisse Schwierigkeiten vor allem deshalb ergeben, weil die polnische Regierung die Staatszugehörigkeit dieser Saisonarbeiter nicht anerkennen will. Die polnische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß diese Arbeiter, soweit sie seit dem Kriege in Deutschland tätig sind, dadurch die deutsche Staatszugehörigkeit erworben haben, jedenfalls bei der Neubildung des polnischen Staates nicht zu polnischen Staatsbürgern geworden sind. Die Reichsregierung hat eine unparteiische Nachprüfung dieser Streitfrage beantragt, ohne jedoch auf der Gegenseite dafür Zustimmung zu finden. (Weil die Polen diese Stammesgenossen als polnische Propagandisten für die polnischen Forderungen lieber in Deutschland lassen wollen — auf unsere Kosten. Die Schriftltg.)

Gegenwärtig befinden sich 70 000 bis 80 000 polnische Arbeiter über den Saisonbedarf hinaus in Deutschland. Von einer Ausweisung der polnischen Arbeiter kann aber keine Rede sein, und es ist auch nicht richtig, daß der Reichstag, wie in der polnischen Presse behauptet wird und wie in der deutschen Presse schon des öfteren widerlegt wurde, die Reichsregierung zu einer solchen Handlung ermächtigt hat. Entsprechende Schritte des polnischen Gesandten in Berlin im Auswärtigen Amte entbehren somit jeder Grundlage.

*

— Diese Erklärung „von zuständiger Stelle" ist gewiß sehr schön. Aber den Polen wird sie nicht genügen und uns Deutschen auch nicht. Denn es ist immer wieder dasselbe bei unserer Außenpolitik: die anderen kümmern sich den Teufel um deutsche Rechte und um Verträge, und wir „verhandeln", was längst schon gleichbedeutend geworden ist mit: wir geben nach. Was soll das, daß 70 000 bis 80 000 Polacken „über den Saisonbedarf hinaus" uns Deutschen auf der Pelle sitzen und unseren deutschen Arbeitern die Arbeit und das Brot nehmen und obendrein politisch intrigieren und als gefährliche Verbrecher, wie „der blinde Johann", das Land unsicher machen?

Sollte wirklich keine Möglichkeit bestehen, die deutschen Interessen gegenüber dem ewigen Störenfried Polen erfolgreicher zu wahren?

Der Staat befiehlt, das Volk gehorcht.

Von unserem römischen Vertreter.

Als sich der ahnungslose italienische Untertan am Morgen des 1. Juli den Schlaf aus den Augen rieb, erfuhr er folgendes:

Von heute ab gibt es nur noch gestrecktes Brot. Mehl, das weniger als fünfzehn Teile Beimischungen enthält, darf überhaupt nicht in den Handel gebracht werden. Der Arbeitstag dauert von heute an eine Stunde länger, ohne daß deswegen der Lohn immer erhöht würde. Die Eröffnung neuer Wirtshäuser, Tanzhäuser, Bars, Konditoreien und öffentlicher Lokale überhaupt ist untersagt. Die Zeitungen dürfen nur noch in einem Umfang von höchstens sechs Seiten täglich erscheinen; Ausgleichsortsuche durch Vergrößerung des Formats, Beilagen und dergleichen werden nicht geduldet. Alle bisherigen Zollerleichterungen für die Einfuhr fallen. Niemand darf sich mehr eine Villa oder ein Einfamilienhaus bauen. Niemand nach dem 1. November noch reines Benzin in seinen Wagen schütten; es muß mit Alkohol vermengt sein. Sogar der blühende Handel mit Kunstdünger, bei dem es mehr auf die Kunst der Verknetung wertloser Chemikalien, als auf das Düngen ankam, ist verboten . . .

Die Arbeitgeber haben die Pflicht, für ihre Arbeiter und Angestellten besondere Verkaufsstellen einzurichten, wo Lebensmittel und die wichtigsten Gebrauchsgegenstände zu den billigsten Preisen zu haben sind. Die Industrie hat sich vom Ausland unabhängig zu machen, fremde Rohmaterialien zurückzuweisen und die einheimischen Bodenschätze auszubeuten. Der Handel darf nur noch nationale Erzeugnisse anbieten.

Und das alles, was [illegible] stehen auf dem Programm, das mit der Hebung des Mieterschutzes und der Verwirklichung des Arbeitsgesetzes mit seinen revolutionären Bestimmungen, dem Streik- und Aussperrungsverbot, am 1. Juli einsetzte.

Dem Bürger verbleiben nur zwei Augen, um zu staunen, und zwei Ohren, um ob dieser gewaltigen Duvertüre zu klingen. Die Zunge hat er im Mund zu behalten. Dem Detretsstaat ist keine Kammerdebatte, keine Volksbefragung, keine Ministerkrisis vorausgegangen, Mussolini sagt einfach: Der Staat bin ich. Und der Staat befiehlt.

Ueber dieses autokratische Verfahren zu richten mag der Geschichte, die sich von Erfolg aber Mißerfolg leiten läßt, vorbehalten bleiben, Mussolini ist ja schon so viel kritisiert worden, daß zu kritisieren auch nichts mehr übrig bleibt; betrachten wir also heute nur das Objekt seiner Willkür, das italienische Volk. Wie stellt es sich zu der Umkehr der parlamentarischen Errungenschaften, zur Aufhebung der Freiheit, zu den Eingriffen in seine privaten Angelegenheiten?

Um seine erstaunliche Haltung zu begreifen, muß man wissen, was das italienische Volk weiß: daß Mussolinis Willkür nicht gleichbedeutend ist mit der Launenhaftigkeit, mit dem Spieltrieb eines egoistischen Tyrannen, sondern untergeordnet einem größeren Willen, dem vielleicht krankheit großen, aber immerhin großen Wunsche, das Vaterland hochzureißen und dafür alle Kräfte anzuspannen. In Mussolini ist die historische Antithese: Der Staat bin ich! — Ich bin der erste Diener meines Staates! — verschmolzen. Es wäre schwer, das Ergebnis klarer zusammenzufassen, als es sich bereits im Kopfe des bescheidenen italienischen Arbeiters ausmalt: Mussolini will Italien groß machen.

Für den einzelnen bleibt nur die Frage übrig, wie er sich zu diesem Ziele verhält, mit anderen Worten, ob das Interesse am persönlichen oder am Staatswohl überwiegt. Wer nun einen vergleichenden Blick in gewisse überparlamentarische Staaten wirft, wird feststellen müssen, daß dort die Möglichkeit, jeden kleinen Privatwunsch auf die Staatstribüne zu bringen, für an sich berechtigte, für das Volksganze aber wenig bedeutsame Gruppeninteressen Parteien und Parteichen zu bilden und damit gegen das Staatsgefüge Sturm zu laufen, dem überpersönlichen Vaterlandsgedanken abträglich ist und zu einer auch politischen Schwächung der Nation führen muß. Dies hat Mussolini erkannt, daher ordnet er die Wirtschaft der Politik unter. Nach seiner Meinung kann nur ein staatspolitisch erzogenes Volk aufsteigen, nur ein opferfreudiges sich die erste Voraussetzung für den erfolgreichen Existenzkampf erringen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Das aber ist das Lebensproblem für Italien: die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Geographisch, wirtschaftlich und damit politisch in der denkbar ungünstigsten Lage, kann die Apenninenhalbinsel nur durch [illegible]

Wie Frankreich abrüstet.

Die Pariser Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 415 gegen 145 Stimmen das Flottenbauprogramm für 1926/27 angenommen, das den Bau eines Kreuzers und zweier Torpedobootszerstörer, von vier Torpedobooten und einer Reihe von Unterseebooten und Hilfsschiffen mit einem Kostenanschlag von rund 960 Millionen Franken vorsieht. Der kommunistische Abgeordnete Berthon hatte angesichts der Finanzlage die Rückstellung der Vorlage beantragt und darauf hingewiesen, daß das Flottenbauprogramm nicht etwa aus Furcht vor der deutschen Flotte aufgestellt sei, sondern im Hinblick auf den imperialistischen Kampf um Indien, die Kolonien und das Mittelmeer.

*

Die Vertretertagung der Elsässischen Katholischen Volkspartei hat in Straßburg zwei Entschließungen gefaßt, in denen sie einerseits gegen den „Heimatbund" und seine Autonomieforderung für die Zusammengehörigkeit mit Frankreich eintritt, andererseits ihre schärfste Mißbilligung der französischen Strafmaßnahmen gegen die Unterzeichner des Heimatbundmanifestes ausspricht und eine umfassende Verwaltungsreform im Sinne einer Dezentralisierung und Wahrung der Rechte und Traditionen der Elsaß-Lothringer fordert. Also ein Kompromiß, durch das die beiden Gruppen innerhalb der Partei ausgesöhnt werden sollen.

Die Bildung der elsässischen Autonomistenpartei hat die Maßnahmen der französischen Strafbehörden gegen die Heimatbewegung nicht zum Stillstand gebracht. In Colmar erfolgten Haussuchungen und Beschlagnahmungen bei mehr als 30 Personen, in Straßburg wurde selbst der Aufruf der neuen Autonomistenpartei konfisziert.

*

In der Pariser Kammer begann die Debatte über das Finanzprogramm der Regierung Briand-Caillaux. Man hat vorläufig den Eindruck, daß es trotz des Wiederspruchs der Sozialisten wie der Nationalisten eine Mehrheit bekommen wird. Inzwischen sinkt der Frank weiter und erreichte den Tiefstand von 183,50 Fr. für 1 Pfd. Sterl. (gleich 69 M.).

der wirtschaftlichen Knechtschaft frei machen. Nur über die Brücke der wirtschaftlichen Selbständigkeit führt der Weg zur Großmachtstellung im Mittelmeer, zur Eroberung der nordafrikanischen Küste.

Mussolini vertraut dabei auf den gesunden Instinkt seines Volkes, auf die lodernde Vaterlandsliebe gerade der werktätigen Klassen, auf den Willen aller, mitzubauen, auch wenn dafür länger gearbeitet und das Brot gestreckt werden muß. Und ich glaube, dieses Vertrauen ist gerechtfertigt. Im italienischen Volk von heute lebt der sprungbereite Nationalgeist des japanischen Jahrhundertwende, das dolce far niente spukt nur noch in den Feuilletons der Oberflächenreisenden; selbst in Neapel und Sizilien, wo das Klima nicht dazu ermuntert, stößt man auf einen fieberhaften Arbeitswillen.

Wer glaubt, das Volk lasse sich die Mussolinischen Dekrete nur gezwungen gefallen, eine dumpfe Gärung lebe in der Masse, über kurz oder lang werde es zur offenen Rebellion kommen, der irrt. Wer aber in Italien lebt, mit allen Kreisen in Berührung kommt, merkt nichts dergleichen. Im Gegenteil, die Disziplin, mit der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer die Befehle aus dem Palazzo Chigi hinnehmen, nötigt zur Bewunderung. Keine Spur von Erbitterung, nicht das leiseste Anzeichen passiven Widerstandes. Gewiß muß man die Unterbindung der Kritik in Rechnung stellen, wenn man nach Zeichen der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit im Gesicht des Volkes sucht, aber im allgemeinen hat man doch das drängende Gefühl, vor dem italienischen Volk den Hut ziehen zu sollen.

„Ich weiß," sagte Mussolini zu einem Journalisten, „daß die Italiener auch zehn Stunden gearbeitet hätten, wenn ich es verlangt hätte, denn sie haben erkannt, daß es sich nicht um eine Regierungslaune, sondern um eine nationale Notwendigkeit handelt." Der Italiener fühlt sich heute als Soldat, fragt nicht mehr nach dem Warum. Der Staat hat befohlen, das Volk gehorcht.

Gustav W. Eberlein (Rom).

*

Ein Erlaß Mussolinis bestimmt, daß die Schulverwaltungen und Gemeinden ihren Verpflichtungen bezüglich der Elementarschulen auch dadurch genügen können, daß sie Privatschulen von Körperschaften, Genossenschaften oder juristischen Personen anerkennen oder übernehmen. — Bei uns macht man die Privatschulen tot, in Italien sieht man sie unter dem Gesichtspunkt an, daß sie Ersparnisse an staatlichen Schulausgaben bedeuten. Aber wir, wir haben ja Geld wie Heu!

Der Beleidiger Hindenburgs verurteilt.

In dem Disziplinarverfahren gegen den Schwiegersohn des Reichspräsidenten Ebert, den ehe im Auswärtigen Amt Dr. Jaenicke, der seine Einstrangungen in das Fremdenbuch italienischen Hotels die Würde des Reichspräsidenten herunterlimpft hatte, hat der Disziplinargerichtshof in Leipzig nunmehr das Urteil gefällt. Es lautet auf Strafversetzung und Geldstrafe in Höhe eines Drittels eines Monatsgehaltes. In der Begründung wurde ausgeführt, daß Jaenicke sich als höherer Beamter im Ausland eine Fahrlässigkeit habe zuschulden kommen lassen. Das Vergehen reiche jedoch nicht aus, um eine Dienstentlassung zu rechtfertigen, Jaenicke sei daher nur wegen Fahrlässigkeit zu verurteilen gewesen.

— Die „Fahrlässigkeit" wird manchen erstaunen machen, denn daß Vorsatz und sogar Absicht vorlag, ist bei der politischen Einstellung des Schwiegersohnes Eberts kaum zu bezweifeln. Aber vielleicht hat der Disziplinargerichtshof nicht mit Unrecht angenommen, daß der Schwiegersohn nicht gewußt hat, was er tat — was dann freilich nicht gerade eine Empfehlung für seine Geistesgaben und damit auch eigentlich nicht für sein neues Amt wäre. Aber das muß man heute nicht so tragisch nehmen.

Eine Aufforderung zum Zusammenschluß.

Die seit dem Frühjahr 1921 bestehende Arbeitsgemeinschaft im preußischen Staatsrat, der vorwiegend Mitglieder der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angehören, hat ein Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der genannten Parteien gerichtet, in dem sie unter Bekanntgabe einer einstimmig gefaßten Entschließung der Arbeitsgemeinschaft „an die im tiefsten Sinne des Wortes staatserhaltenden Parteien" die Aufforderung zur Bildung einer erweiterten Arbeitsgemeinschaft richten.

„Wir verkennen nicht," so heißt es in dem Schreiben, „daß sehr erhebliche Schwierigkeiten der Verwirklichung dieses Gedankens heute entgegenstehen und daß sehr viel uneigennützige und sachliche Arbeit wird geleistet werden müssen, ehe dieses Ziel erreicht wird. Wir wissen auch, daß der Weg zur einheitlichen Vertretung des großen rechtsgerichteten Teiles des deutschen Volkes nur schrittweise, beginnend mit einer erst allmählich immer enger und fester werdenden Arbeitsgemeinschaft in den Parlamenten, zurückgelegt werden kann."

In dem Schreiben, das ferner der Meinung Ausdruck gibt, daß durch Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft auch ein befriedigendes Verhältnis zu den übrigen bürgerlichen Parteien erleichtert werde, wird schließlich die unverzügliche Aufnahme der einleitenden Schritte und eine möglichst baldige Bekanntgabe der Stellungnahme der beiden genannten Fraktionen verlangt

Die Unparteilichkeit der Richter.
Die Lehrefreiheit der Dozenten.

Fall Großmann und Fall Lessing.

Im Preußischen Landtag erörterte am Dienstag der Abg. Kuttner (Soz.) eingehend den Beschluß des Preußischen Richtervereins auf Ausschluß des Senatspräsidenten Großmann und meinte, der Ausschluß sei, wenn auch, „um das Urteil revisionsfest zu machen", andere Gründe angegeben seien, doch nur erfolgt, weil er ein republikanisch gesinnter Richter wäre.

Der Abg. Stendel (DVP.) antwortete darauf, Großmann sei nur wegen seiner verhetzenden und zersetzenden Agitation gegen die preußische Justiz ausgeschlossen worden. Der Preußische Richterverein stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß eine Doppelmitgliedschaft — im Preußischen Richterverein und im Republikanischen Richterbund — unangängig sei.

Der Abg. Dr. Deerberg (Dn.) gab zu, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes kein genügendes Vertrauen zur Justiz bestehe. Er führte das aber auf die Fülle und die Art der Gesetzgebung zurück. So habe man den Beamten wohlerworbene Rechte genommen, in der Justiz habe die Gerichte auch den Satz „Mark gleich Mark" entscheiden lassen, und die Auswertungsgesetzgebung lasse das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen.

Alle Redner waren sich darin einig, daß die Unabhängigkeit der Richter gewahrt werden müsse und daß die Richter sich frei von allem politischen und parteilichen Einfluß zu halten hätten.

Die folgende Aussprache zum Kultusetat wurde fast durchweg von dem „Fall Lessing" beherrscht. Die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei führten unter großer Unruhe der Linken Einzelheiten dafür an, daß Lessing auch nach der Verwarnung durch den Kultusminister im vorigen Jahre die Würde eines akademischen Lehrers verletzt habe. Wenn die Gesetzesbestimmungen nicht erlaubten, daß einem solchen Schädling die venia legendi entzogen werde, müßten sie eben geändert werden. Der Minister wurde ersucht, auf irgendeine Weise den relegierten Studenten die Rückkehr in die Hochschule zu ermöglichen. Kultusminister Becker erwähnte darauf den auf Anraten angesehenster Hochschullehrer zustande gekommenen Lösungsversuch in diesem Konflikt, durch den nunmehr die Ruhe an der Hannoverschen Hochschule wiederhergestellt sei. Er betonte noch, daß grundsätzlich am Prinzip der studentischen Selbstverwaltung festgehalten werden solle.

Nach ½8 Uhr wurde die Abendsitzung eröffnet.

Abg. Dr. Klamt (Wirtsch. Vgg.) meinte, das Ministerium solle nicht alles mögliche tun, um sich in Gegensatz zur öffentlichen Meinung zu setzen. (Sehr gut!) Es habe dies auch im Falle Lessing getan und noch dazu Studenten wahllos relegiert. Der Minister habe nun die Gelegenheit, sich unter den jungen Studenten außerordentlich viele Freunde zu erwerben, wenn er die Relegationen irgendwie unwirksam mache. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Koennecke (Dn.) beschäftigt sich mit der Frage der deutschen Leibesübungen. Nach Verlust der allgemeinen Wehrpflicht ist das besonders nötig. Das preußische Ministerium muß in der Förderung der deutschen Leibesübungen führend vorangehen. Beherzigen wir das Wort unseres Reichspräsidenten: Leibesübung ist Bürgerpflicht. Förderung der Leibesübungen ist Dienst am deutschen Vaterlande. (Lebh. Beifall.)

Eine Finanzkolonie Amerikas.

Der holländische „Courant" meldet aus Neuyork: Die Finanzverschuldung der deutschen Industrie an Amerika nimmt immer größeren Umfang an, so daß amerikanische Börsenblätter schon jetzt von Deutschland als finanzielle Kolonie sprechen. Nach einem Sunderich liegen in Wallstreet immer noch für fast 300 Millionen Dollar Kreditanträge aus Deutschland vor.

— Die erwartete Folge der Dawespolitik, bei der die Hochfinanz glänzend gedeiht und das Volk verelendet und arbeitslos wird. Aber unsere Linke, besonders die Sozialdemokraten, wollten es ja so haben und die Rechte, insbesondere die Deutschnationalen, haben es nicht verhindert. So lange die bisherige Außenpolitik der Linken weitergeht und auch die innenpolitische Einstellung der Linken fortdauert, ist eine Besserung schwerlich zu erhoffen. Denn da wir weniger produzieren, aber viel verbrauchen, geht die Verschuldung immer weiter, bis niemand uns mehr etwas borgt und dann die eigentliche große Katastrophe kommt.

Sie hinterlassen der jetzt heranwachsenden Generation ein schönes Erbe (von Schulden nämlich), unsere Herren Politiker!

*

Nach der Zunahme des Arbeitslosenheeres um 4000 in der letzten Woche in Groß-Berlin ist immer noch kein Ende der abwärts gleitenden Wirtschaftslage in Sicht. Schon jetzt werden in der Großberliner Industrie durch Anschläge neue Betriebseinschränkungen zum 15. d. M. angezeigt, die weitere Arbeiterentlassungen zur Folge haben müssen.

Argentinien gegen den Völkerbund.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Buenos Aires: Die Mehrheitsparteien in der Kammer und im Senat haben sich auf die Einbringung von zwei Anträgen in dem wiederzusammentretenden Parlament geeinigt, die die Zurückziehung der Bevollmächtigten Argentiniens beim Völkerbund und die Erklärung des Desinteressements Argentiniens am Völkerbund verlangen.

Friede in Syrien?

„Havas" meldet aus Damaskus die Festsetzung der Friedensbedingungen zwischen den Syrern und den Franzosen. Eine demnächst einzuberufende Notabelnversammlung in Damaskus soll die Annahme des Friedensvertrages aussprechen, der alsdann unverzüglich dem Völkerbund eingereicht werden soll.

Aufstand in Persien.

Die „Chicago Tribune" berichtet aus der persischen Hauptstadt Teheran über eine gegen den Schah Pahlävi gerichtete Aufstandsbewegung türkischer Nomaden und Kurden in der Provinz Korassan. Angeblich soll die Bewegung von Rußland begünstigt werden, da die Regierung des jetzigen Schahs englandfreundlich gesinnt sei.

800 Mann reguläre Truppen der persischen Armee seien zu den Aufständischen übergegangen. Starke Truppenabteilungen hätten Teheran in der letzten Nacht verlassen, um mit größter Beschleunigung in das Aufstandsgebiet befördert zu werden. Der Einfluß des Schahs Pahlävi bei der monarchistischen Partei sei im Abnehmen begriffen, da die Herabsetzung des Heeresbudgets in militärischen Kreisen große Unzufriedenheit erregt habe.

*

— Bekanntlich ist Persien seit Jahrzehnten der Zankapfel zwischen England und Rußland. Rußland will an den persischen Golf gelangen, um einen eisfreien Hafen und Zugang zu den südasiatischen Meeren zu haben, England kann das nicht dulden, weil es der Anfang vom Ende der englischen Herrschaft über Indien wäre. Die Perser selbst wissen ganz genau, daß die einen wie die anderen ihnen die Freiheit nehmen wollen; ihre Sympathien mögen eher noch zu Sowjetrußland neigen, aber die Vernunft sagt dem klugen Diktator und jetzigen Herrscher Pahlävi (früher Riza Kan genannt), daß nur Englands Freundschaft ihm die finanziellen Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung und damit auch politischen Erstarkung seines Landes verschaffen kann.

Verlängerung der chinesischen Zollkonferenz.

Kriegsgefahr in Ostasien?

Nachdem die an China interessierten Fremdmächte allen Wirren zum Trotz die Zolltarifkonferenz einberufen und bisher durchgeführt hatten, in der Hoffnung, gerade von den Wirren auf Kosten des chinesischen 400-Millionen-Volkes profitieren zu können, haben sie jetzt die Konferenz vertagen müssen.

Nach einer Havasmeldung aus Tokio führen die Zeitungen die Vertagung auf folgende drei Ursachen zurück: das Chaos in China, die Versteifung der Mächte auf ihre Forderungen und den Versuch Japans, über den Rahmen der Beratungen hinauszugehen und nicht mit den übrigen Mächten zur Erreichung der Annahme der Klauseln des Washingtoner Vertrages zusammenzuarbeiten.

Auf deutsch gesagt: die Gegensätze zwischen den fremden Mächten sind so groß, daß eine Einigung nicht möglich war. Das ist aber ein sehr ernster Fingerzeig für die Zukunft: Was soll werden, wenn die miteinander konkurrierenden Mächte sich nicht einigen können, und „Japan über den Rahmen der Beratungen hinausgeht"?

Man wird sich erinnern, daß man in England im vergangenen Sommer einen großen Krieg in Ostasien erwartete. Das Scheitern der Konferenz läßt diese durch die Siege der englischen Strohmänner Tschangsolin und Wupeifu (die anscheinend nicht mehr parieren wollen) aufgeschobene Gefahr neu aufleben.

Unsere Vornamen und ihre Bedeutung.

Von F. Brunner-München.

Die meisten unserer Vornamen entstammen trotz des starken Vordringens fremder Namen dem germanischen Sprachschatz, und gerade ihre Bedeutung ist am wenigsten bekannt, weil sie meist auf uralte Sprachwurzeln zurückgehen, die uns nicht mehr geläufig sind.

Bert und brecht heißt glänzend, z. B. Adalbert, Albert, Albrecht, der durch Adel Glänzende, Herbert, der im Heer Glänzende, Bertram glänzender Rabe. Robert, Rupert, Ruprecht heißt ruhmglänzend. Wolf heißt Edelwolf, Wolfgang, der Vorname Goethes, bedeutet „der mit dem Wolf geht". Wolf und Rabe waren dem Wodan heilig und galten als glückbringend. Arnold bedeutet der wie ein Aar Waltende, zusammengezogen Arndt. Ludolf ist Volkswolf, Rudolf berühmter Wolf. Alfred ist der durch die Alben oder Elfen Beratene. Oswald kommt von Ansowald, der durch die Götter (Asen) Waltende. Oskar ist Götterspeer. Raginwald ist jetzt in Reinhold umgewandelt und heißt der im Rat Waltende, Reinhard der im Rat Starke. Waldemar ist der durch sein Walten Berühmte. Walter bedeutet der im Heer Waltende. Ernst bedeutet einen ernsten Mann oder Kämpfer, Karl einen freien Mann, Ehemann, gewissen Mann, Kerl ist dasselbe. Franz ist eine Abkürzung von Franciscus, der Franke, und letzteres kommt von frankas, kühn, stark, frei her. Bruno heißt der Braune. Von mar-berühmt sind gebildet Reinmar, der durch seinen Rat Berühmte, und Waldemar. Baldkühn erscheint in Theobald oder Diebald, der Volkskühne, und Baldwin, kühner Freund.

Ferdinand ist aus Friedenand entstanden und heißt kühn Schützender, Siegfried, der durch Sieg Schützende, denn Friede hat ursprünglich den Sinn des Geschütztseins. Friedrich heißt Friedensfürst. Fritz und Fridolin sind nur Abkürzung und Koseform. Richard heißt starker Herr, Heinrich Herr des Heims. Erich ist der Ehrenstarke. Eckhard der Ehrenstarke. Hartstart oder kühn findet sich auch in Gerhard der Speerstarke und Eckehard der Schwertstarke oder -kühne. Eberhard und Bernhard stark wie ein Eber bzw. Bär, Ludwig ist ausHludwig (hlud) berühmt bzw. merowingisch Chlodowech, Chlodwig ruhmvoller Kämpfer, entstanden. Die Silben wig und gunt bedeuten Kampf. Hartwig heißt starker Kämpfer, Weigand der Kämpfer. Gunther oder Günther heißt Kampfesheld; der bedeutet außer Heer auch den einzelnen Krieger. Gunstab zusammengesetzt ist Gustav heißt Kampfstab, d. h. Träger des Kampfstabs, Hermann heißt Volksmann, Erwin kommt von Herwin, Volkssteund. Von hari, heri und hlud, berühmt, kommt Lothar (aus Chlotar) berühmter Krieger, wotaus auch der Name Luther entstanden ist. Hugo ist Verkleinerungsform zu Namen, die mit hug beginnen, Geist zusammengesetzt sind. Hubert ist der durch Geist Glänzende. Konrad hat man mit „kühn im Rat" übersetzt, richtiger ist wohl Berater der Sippe von kuni, Geschlecht, Stamm.

Sehr viele Namen sind von ot, od, ed gleich Vermögen, Erbgut gebildet, z. B. Ulrich, das sich aus Odalrich, Fürst des Besitzes, Herr des Erbguts, entwickelt hat. Edgar ist Besitzesspeer, Edward oder Eduard Besitzeswart und Edmund (munt gleich Schutz) Besitzesschutz. Die Koseform zu diesen Namen ist Otto, Odo und Udo. Weitere Koseformen sind Heinz von Heinrich, Kunz, Kuno, Kurt von Konrad und Götz von den mit Gott zusammengesetzten Namen, so hieß Götz von Berlichingen z. B. Gottfried. In Luitpold und Leopold bedeutet die letzte Silbe Volk, die Namen heißen also volkskühn. Wilhelm ist aus Wille und Helm zusammengesetzt, Willibald aus Wille und baldkühn.

Bei den weiblichen Vornamen trifft man eine Reihe solcher, bei denen einfach an einen männlichen Namen eine weibliche Endung angefügt wurde, wie bei Erna, Wilhelma und bei Luise, der weiblichen Form zu dem französischen Louis, das von Ludwig abgeleitet ist. Ferner gehören hierher Ulrike, das ebenfalls französiert ist, wie auch Friederike, Henriette aus dem französischen Henri, das von Heinrich kommt und Charlotte und Caroline, die französisch sind, aber von dem deutschen Karl abgeleitet wurden.

Eigene Bildungen sind Berta die Glänzende, Adelheid Frau von edler Gestalt, Adelgunde edle Kriegerin. Gund bedeutet Kampf und steckt auch in Gudrun, das hochdeutsch Guntrun, Kampfzauberin heißt, denn die Runen, die Schriftzeichen bedeuten Geheimnis. Gertrud ist die mit dem Ger, Speer Vertraute, es kann aber auch Speerzauberin heißen von Drude gleich Zauberin. Gisela ist Abkürzung zu den mit gisel, edel, gebildeten Namen. Holda oder Hulda ist die Holde, Huldvolle. Emma kommt nicht von Imme gleich Biene mit der Bedeutung die Emsige, sondern ist die Verkürzung von Armgard oder Irmgard, die vom Gott Irmin Geschützte. Auch in Hermine steckt Irmin. Ingeborg oder Ingeburg ist die vom Gott Ingo Geschützte. Die ursprüngliche Bedeutung von Burg ist Schützendes und Geschütztes. Sie findet sich auch in Waldburg, Walpurgis-gewaltige Schützerin oder die in der Burg Waltende. Frieda ist Abkürzung zu den mit Friede gebildeten Namen. Ilse oder Else ist ein weiblicher Wassergeist.

Auch in den weiblichen Namen hallt es wider von Krieg und Waffen. Wig, hild und gund, Kampf finden sich in vielen Namen, in einigen sogar doppelt wie in Hildegund und Hedwig. Der erste Teil von Hedwig bedeutet Hab, Hader. Ibsens Hedda Gabler zeigt die nordische Verkürzung zu Hedwig. Kunigunde von kuni, Sippe, heißt die für die Sippe Kämpfende. Hild trifft man außerdem in Hildegard und Mathilde, das früher Mechtildis, Machtild mächtige Kämpferin, lautete. Die Schmeichelform dazu ist Meta. Ottilie ist Verkleinerungsform zu Oda und Ute, das von od, ot, Besitz, Erbgut kommt. Irene ist die Koseform zu Idaberga, jugendfrische Schützerin.

So spiegeln die deutschen Vornamen in reicher Fülle das wider, was den Germanen als Höchstes galt, vor allem ihren kriegerischen Geist, aber auch die hohe Achtung vor Klugheit und edler Gesinnung.

Katzen im Sack. In letzter Zeit mehren sich Anzeigen von verkäuflichen Farmen oder Kolonien in Brasilien, die einzelnen oder mehreren Familien gegen Barzahlung zum Kaufe angeboten werden. Ist es schon in der Heimat ein Unding, ein ländliches Besitztum mit totem und lebendem Inventar wie eine Katze im Sack zu kaufen, so gilt dies naturgemäß in noch weit höherem Maße von Grundbesitz in fernen überseeischen Ländern, wo nicht nur die klimatischen Boden-, Absatz- und Verkehrsverhältnisse, sondern vor allem auch die Besitztitel und sonstigen Rechtsverhältnisse erst genauestens an Ort und Stelle geprüft werden müssen. Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart steht zur Nachprüfung derartiger Angebote jederzeit zur Verfügung.

Reichsschulmusikwoche in Darmstadt. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht und das Hessische Landesamt für das Bildungswesen veranstalten in der Zeit vom 11. bis 16. Oktober d. J. in Darmstadt die 5. Reichsschulmusikwoche. Reden Referaten bedeutender Schulmänner und Musikpädagogen über den Musikunterricht in der Volksschule wird auch das Verhältnis des Musiklehrers zum Chorgesangwesen und zur Kirchenmusik behandelt.

Hochschulnachrichten.

Breslau. Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Breslau haben dem Direktor Gustav Asbeck in Düsseldorf-Rath die Würde eines Senators ehrenhalber verliehen.

Göttingen. Der Straf- und Prozeßrechtslehrer der Universität Göttingen, Geh. Justizrat Prof. Dr. Robert von Hippel, vollendet am 8. Juli das 60. Lebensjahr.

Wien. Der bekannte Wiener Sophilologe Hofrat Professor Dr. med. Ernst Finger begeht am 8. Juli seinen 70. Geburtstag.

*

70. Geburtstag Prof. von Lützendorffs. Der Direktor des Museums am Dom in Lübeck, Maler, Kunst- und Musikhistoriker Prof. Wi. Leo Freiherr von Lützendorff, begeht am 8. Juli den 70. Geburtstag.

Studentinnensport. Am 17. und 18. Juli 1926 findet in Berlin eine Tagung der Vertreterinnen der Studentinnen aller Hochschulen statt. Die Tagesordnung umfaßt: 1. Referat über Zweck und Ziele des Studentinnensportes. 2. Bericht der Vertreterinnen über den Studentinnensport an den einzelnen Hochschulen. 3. Vertretung der Studentinnen in den Ae. f. L. 4. Sportliche Veranstaltungen für Studentinnen, und 5. Organisation des Studentinnensportes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260708016/fragment/page=0002